

9. November 2017

### **LACDJ-Landestagung am 20./21. Oktober 2017 auf Burg Hornberg**

#### ***Export von Frieden und von Werten***

„Die Europäische Union steht für den Export von Frieden und christlich-abendländischen Werten“, sagte EU-Kommissar Günther Oettinger bei der Tagung des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ) auf Burg Hornberg.

Die Werteordnung, mit der wir in Deutschland groß geworden sind, sei 2007 in den EU-Grundlagenvertrag von Lissabon eingeflossen. In der gesamten EU gelten das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz und zahlreiche Freiheitsrechte der Bürger, so der EU-Kommissar. Gerade die Situation in Ungarn zeige, wie wichtig die Mitgliedschaft in der EU sei. Denn nur bei einem Mitglied könne man auf die Eingriffe in die Justiz und die Beschneidung der Pressefreiheit reagieren. Daher gelte es auch für die Zukunft, die Zahl der Mitgliedsstaaten zu vergrößern und unsere Werte in weitere Länder zu exportieren. Der innere Frieden könne nur erhalten werden, wenn alle, die nach Europa kommen, diese Werte anerkennen. „Wir müssen entschieden gegen Parallelgesellschaften und alle Ausländer vorgehen, die sich nicht integrieren wollen“, so Oettinger.

Neben dem inneren Frieden sei in gleichem Maße die äußere Sicherheit wichtig. Unter Hinweis auf Afrika, den Vorderen Orient und Russland betonte Oettinger, dass die „Umgebung rund um Europa“ sehr instabil sei. Darüber hinaus explodierte die Bevölkerung in Afrika und Asien. Oettinger plädierte daher für die Schaffung einer europäischen Armee, um die Außengrenzen nachhaltig sichern zu können.

Abschließend trat der EU-Kommissar dafür ein, die Befugnisse der EU auf die Bereiche zu beschränken, die nur einheitlich geregelt werden könnten. „Was nur die Gemeinden betrifft, muss in den Gemeinden bleiben, was nur die Länder betrifft, muss bei den Ländern bleiben und was in Deutschland geregelt werden kann, muss in Deutschland bleiben.“

Dr. Alexander Ganter, der wiedergewählte Vorsitzende des gastgebenden Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen, bedankte sich bei Oettinger. „Es wäre schön, wenn wir mehr Politiker wie Sie hätten, die offen die Probleme ansprechen. Wir können das Vertrauen nur dann zurückgewinnen, wenn wir den Bürgern zuhören, ihre Sorgen ernst nehmen und Politik machen, die für alle verständlich ist. Und dazu gehört auch, Fehler zuzugeben und den eingeschlagenen Kurs zu korrigieren.“



*links: LACDJ-Landesvorsitzender Dr. Ganter,  
Mitte: EU-Kommissar Oettinger,  
rechts: LACDJ-Ehrevorsitzender RiBGH Prof. Dr. Graf*

### ***Sichtbare Justiz schafft Vertrauen***

„Ein Justizminister bei den CDU-Juristen, das gab es lange Jahre nicht“, stellte Guido Wolf MdL zu Beginn seines Vortrags auf der Burg Hornberg fest.

In der bis auf den letzten Platz besetzten Götzenstube betonte Wolf die Bedeutung der Gewaltenteilung, der richterlichen Unabhängigkeit und die Unantastbarkeit der Dritten Gewalt in ganz Europa. Es sei die Pflicht der Staaten mit einer langen rechtsstaatlichen Tradition, andere Staaten immer wieder daran zu erinnern, dass Europa verbindliche Standards braucht. Er wolle deshalb den Export von Rechtsstaatlichkeit zu einem baden-württembergischen Exportschlager machen. Dabei plane er insbesondere Partnerschaften entlang der Donau, so Justiz- und Europaminister Wolf.

„Wenn wir mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger wollen, dann braucht es nicht nur mehr Polizei, sondern auch mehr Richter und Staatsanwälte.“ Seit Beginn seiner Amtszeit habe er sich erfolgreich für den personellen Ausbau der Justiz eingesetzt. Nach 74 Richterstellen im Jahr 2017 werde er in Kürze weitere 91 neue Stellen besetzen können. Dabei seien 55 Richterstellen für die Verwaltungsgerichte vorgesehen, die durch die Verfahrensflut in Asylsachen besonders stark belastet sind.

Um das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat zu gewährleisten, kommt es nach Überzeugung des Justizministers auf die „Sichtbarkeit der Justiz“ an. Dazu gehören das Gesetz zur Neutralität, durch das den Berufsrichtern und Staatsanwälten das Tragen von religiösen und politischen Symbolen untersagt wird, der Rechtsstaatsunterricht für Ausländer und die Präsenz in der Fläche. Durch die Zusage, die kleinen Gerichte im ländlichen Bereich zu erhalten, erfüllte er die Forderung von Minister Peter Hauk, die dieser in seinem Grußwort angemahnt hatte.

Die Sichtbarkeit eines starken und wehrhaften Staates müsse aber auch im Bereich von Parallelgesellschaften zum Tragen kommen. Dies seien Symptome für fehlende oder falsche Integration, für abgeschlossene Migrantengruppen, die innerhalb unserer Gesellschaft in einer Blase leben. Der Rechtsstaat dürfe aber keine rechtsfreien Räume dulden, in denen Tradition und Religion mehr als Recht und Gesetz gelten.

Für die Zukunft werde das Justizministerium die Erweiterung der DNA-Analyse, der Abhörmaßnahmen zur Überführung krimineller Banden oder die Fußfessel für Gefährder aufgreifen. „Man muss zeigen, dass der Rechtsstaat nicht die Kontrolle verliert“ betonte Wolf zum Schluss.

Der LACDJ-Landesvorsitzende Dr. Alexander Ganter gab in seinen Dankesworten dem Minister einen neuen Auftrag der CDU-Juristen mit nach Stuttgart. Die jüngst in der Presse bekannt gewordene Unterwanderung deutscher Behörden durch ausländische Dolmetscher betreffe auch die Justiz. Hier müsse das Ministerium dringend gegensteuern.

*Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.*